

LINKE bei Kommunalwahlen mit Zuwachs

von Lothar Boese

Die LINKE hat in der Europawahl bundesweit mit 7,4 Prozent (-0,1) nahezu das gleiche Ergebnis erzielt wie vor fünf Jahren, bei einer um fünf Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung absolut 200.000 Stimmen dazu gewonnen, wegen der verringerten Abgeordnetenzahl für Deutschland und dem Wegfall jeglicher Sperrklausel, mit jetzt nur noch sieben jedoch ein Mandat verloren. Im Salzlandkreis ist die LINKE bei dieser Wahl mit 23,5 % nach der CDU (32,0) und vor der SPD (21,6) wieder zweitstärkste Kraft geworden. Im Vergleich der Kreisverbände in Sachsen-Anhalt liegt die SLK-LINKE damit nach Mansfeld-Südharz (24,8) und Halle (24,2) auf dem dritten Platz und 1,7 Prozentpunkte über dem Landesergebnis.



Mit 22,4 % (+3,0) und nun 13 Sitzen (+1) war die LINKE im Salzlandkreis auch bei den Wahlen zum Kreistag erfolgreich. Die CDU blieb mit 30,8 % (+5,5) und 22 Sitzen (+3) hier stärkste Kraft. Die SPD fiel mit 18,5 % (-1,9) und elf Sitzen (-1) deutlich auf den dritten Platz. Die FDP (5,4 %, 3 Sitze) verlor noch deutlicher (-5,5 %, -4 Sitze). Die Grünen (3,9 %) verbesserten sich mit +1,5 % nur unwesentlich und behielten ihre zwei Sitze. Ebenso ist die NPD (2,8 %, -0,1) wieder mit zwei Mandaten im Kreistag vertreten. Die vier zur Wahl im Salzlandkreis angetretenen Wählergemeinschaften (WIDAB, ALC, UWG Salzland, WG E-S-W) erreichten zusammen 10,7 % und sieben Mandate (vorher sechs). Ihre Kreistagsmitglieder werden voraussichtlich wieder die eine oder andere der oben genannten Fraktionen verstärken. Andere als die genannten Parteien und Wählergemeinschaften, auch nicht die AfD, waren zur Kreistagswahl im Salzlandkreis nicht angetreten. Dort, wo sie in Sachsen-Anhalt kandidiert hatte, erhielt die AfD jeweils

vier bis sechs Prozent. So in Magdeburg, Halle, Anhalt-Bitterfeld, Dessau und im Burgenlandkreis. Im Landesvergleich liegt die LINKE im Salzlandkreis nach Mansfeld-Südharz (27,0 %), Halle (25,1) und Stendal (23,8) auf dem vierten Platz und damit 0,9 Prozentpunkte über dem Landesmittel von 21,5 %.

Bei den Wahlen zu den Einheits- und Verbandsgemeinderäten hat die LINKE in Staßfurt mit 30,9 % (+4,6 = 11 Sitze) das beste Ergebnis erzielt. Sie liegt dort nur knapp hinter der CDU (32,8) und weit vor der SPD (11,6) und anderen Parteien. In Staßfurt wurden auch kreisweit die höchsten Stimmenanteile der LINKEN bei Wahlen zu Ortschaftsräten erreicht, so in Rathmannsdorf (59,5), Löderburg (56,4) und Neundorf (37,9 %). In den drei anderen größeren Städten konnten ebenfalls Stimmenzuwächse erzielt werden (Bernburg +3,2 = 25,5 % = 10 Sitze; Schönebeck +0,8 = 23,4 %; Aschersleben +3,3 = 18,0 % = 7 Sitze). Gute Ergebnisse mit teilweise starken Zuwächsen wurden auch in Könnern (+0,1 = 18,6 %), Saale-Wipper (+6,5 = 17,3 %), Egelner Mulde (+0,8 = 16,1 %) und Hecklingen (+9,4 = 15,5 %) erreicht. Nur um oder unter zehn Prozent, teilweise auch mit Verlusten, liegen die Ergebnisse jedoch in Calbe (10,8), Barby (10,3), Nienburg (10,3), Seeland (9,6) und Bördeland (8,9 %). In den 25 kleinen selbständigen Gemeinden und Ortschaften, in denen die LINKE Kandidaten aufgestellt hatte, konnten mit einer Ausnahme überall Mandate gewonnen werden. Dies zeigt, dass die LINKE im Salzlandkreis ihre Wähler hat und Zuspruch findet, der mit mehr Kandidatinnen und Kandidaten auch auf der untersten Ebene noch größer sein könnte. Leider konnten auch in sechs Orten mit Antritt der LINKEN je ein oder zwei der errungenen Mandate (insgesamt acht) nicht besetzt werden, da jeweils zu wenig Kandidaten aufgestellt wurden. So in Aschersleben (1), Bördeland (1), Wolmirsleben (1), Förderstedt (2), Rathmannsdorf (2) und Löderburg (1).

Einen relativen Erfolg konnte unsere Partei, verglichen mit früheren Urnengängen, auch bei der Landratswahl verbuchen. Unsere Kandidatin Sabine Dirlich, Vorsit-

zende der Kreistagsfraktion der LINKEN, verpasste den Einzug in die Stichwahl mit einem Abstand von 1,9 Prozentpunkten zum Zweitplazierten Markus Bauer (SPD) und 9,3 % hinter Dr. Gunnar Schellenberger (CDU) nur knapp.

Mit einem Schreiben haben sich die Landesvorsitzende Birke Bull, Landesgeschäftsführerin Tatjana Behrend und Landeswahlkampfleiter Joachim Bittrich an alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der LINKEN im Landesverband gewandt und für den engagierten und kräftezehrenden Wahlkampf gedankt. Dem kann sich der Kreisvorstand im Salzlandkreis nur anschließen. Es hat sich gelohnt!

Inhalt:

Seite 1

LINKE bei Kommunalwahlen mit Zuwachs

Seite 2

LINKE rockt den Bernburger Karlsplatz

Dirlich, Bartsch und Korte im Salzlandkreis unterwegs

Seite 3

Krise der Kommunal Finanzen- Forum mit Susanna Karawanskij in Güsten

Seite 4

LINKE eröffnet Debatte über eine Reform des Bestattungsgesetzes

Am 6. Juli den Bernburger Schlachthof verhindern!

Seite 5

Frieden kriegt man nicht!

Bundestagsvizepräsidentin würdigt das Engagement Ehrenamtlicher im Salzlandkreis

Seite 6

Inklusion in der Bildung - Bernburger Montagsforum

Kreistag verpasst Chance - gute Qualitätsstandards für Kindertagesstätten zu beschließen

Seite 7

LINKE Staßfurter Stadt- und Ortschaftsräte unterstützten 45 Projekte und Vorhaben im Wert von 8245,96 €

LINKE unterstützt Staßfurter Sitzbankkonzept

LINKE rockt den Bernburger Karlsplatz

Im Zuge der Kommunal- und Europawahlen fand am 23. Mai auf dem Bernburger Karlsplatz bereits zum 3. Mal ein Konzert unter Federführung der Linksalternativen Jugend Bernburg und dem Kreisverband der LINKEN statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Links Rockt Metal Open Air“, in Anlehnung an die bisherigen „Links Rockt“-Veranstaltung im Bernburger Metropol und im Klubhaus der Jugend.

Wie der Name schon sagt, gab es diesmal ein Open Air als Abschlussveranstaltung am Wahlwochenende. Das war auch für uns Neuland und vermutlich wird es auch sobald kein erneutes Open Air geben, da Planungsaufwand und Kosten ungleich höher sind als bei einer Indoor-Veranstaltung und das Wetter als absoluter Unsicherheitsfaktor hinzukommt. Glücklicherweise lief, trotz hoher Auflagen durch den Salzlandkreis und die Stadt, die Planung reibungslos und auch das Wetter ließ sich noch einmal umstimmen und bescherte uns einen warmen Sommerabend bei strahlendem Sonnenschein, nachdem die Gewitterfront Bernburg passiert hatte. Nach einer kurzen Begrüßung eröffneten Roboplants aus Köthen mit kerniger Rockmusik den Abend und zeigten eindrucksvoll warum ihr erstes Album, welches in Kürze erscheint, in keiner CD-Sammlung fehlen sollte. Nach einer guten Stunde, inklusive Zugaben und Verschnaufpause,



Foto: privat

Roboplant bei Rock für Links in Bernburg

war es dann Zeit für unseren Headliner des Abends. Second Sense lieferten uns über eine Stunde lang Metal vom Feinsten quer durch alle Subgenres in einem stimmigen Mix aus Coversongs und Eigenkompositionen. Mit dem Cover von Nirvanas „You Know You're Right“ fand das Konzert gegen 21:30 Uhr dann auch ein würdiges Ende. Die Zuschauerzahlen beliefen sich auf über hundert Personen und entsprechen damit dem Schnitt der anderen beiden Konzerte. Einziger kleiner Wermutstropfen: Aufgrund des Verbots von Alkohol und Glasflaschen durch den Salzlandkreis haben sich viele Zuschauer hinter die magische Linie der „Veranstaltungsgrenze“ zurückgezogen um dort in Ruhe ihr Bierchen zu trinken; ich persönlich hätte mir vor der Bühne ein bisschen mehr Action gewünscht. Das schmälert allerdings nicht den Erfolg der Veranstaltung und das durchweg positive Feedback von Bands, Veranstaltern und Gästen. An dieser Stelle nochmal ein großes Dankeschön an die Bands, die Technik, die Sicherheit und allen, die an Planung und Vorbereitung beteiligt waren sowie an den Kreisverband der Partei DIE LINKE, der schnell und unbürokratisch auf sich ändernde Gegebenheiten in der Planung eingegangen ist.

Dario Wolf, Mitglied im OV Bernburg

Dirlich, Bartsch und Korte im Salzlandkreis unterwegs



Wahlkampf mit Sabine Dirlich, Dietmar Bartsch und Jan Korte in Bernburg

Foto: privat

Am 13. Mai war Jan Korte erneut mit Dietmar Bartsch im Wahlkreis Anhalt unterwegs. Begleitet wurden die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden dabei von MdL Sabine Dirlich, Landratskandidatin der LINKEN im Salzlandkreis.

Am Morgen gab es öffentliche Bürgergesprächstunden in Staßfurt und Bernburg. Zusammen mit einer Vielzahl von Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN für die bevorstehenden Kommunalwahlen standen die Abgeordneten für die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfü-

gung. Neben kommunalpolitischen Themen, ging es u.a. um die aktuelle Situation in der Ukraine. Sabine Dirlich nutzte außerdem die Gelegenheit, um mit den zahlreichen Interessenten an den Infoständen über Ihre Kandidatur ins Gespräch zu kommen.

In Bernburg gab es anschließend ein Gespräch mit Frank Malitte und Fred Eckelmann vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft. Es ging u.a. um die kommunalpolitischen Forderungen der kleinen und mittleren Unternehmen der

Region und um Themen wie den Mindestlohn und die überfällige grundlegende Überarbeitung des bundesdeutschen Steuersystems.

Auf dem Gelände der Stiftung Evangelische Jugendhilfe gab es danach eine Scheckübergabe an den Vorsitzenden Klaus Roth und weitere Mitarbeiter der Stiftung. 500 € hatte der Fraktionsverein der LINKEN erneut für die Kinderstadt Bärenhausen bereitgestellt. In den Sommerferien wird diese wieder hunderte Kinder anziehen, die eine Woche lang im Leben der „Großen“ verbringen möchten. Dort werden sie sich u.a. einen Job suchen und einen Bürgermeister wählen. Bei der Stiftung gab es außerdem ein Wiedersehen mit Hartmut Schultz, der zusammen mit weiteren Künstlern aus Sachsen-Anhalt in seinem Bürgeratelier eine Woche lang auch Laien einen Einblick in verschiedene Kunstformen gewährt. Unter dem Motto „Kunst trifft Soziales“ konnte man den Profis über die Schulter schauen und auch selbst kreativ werden.

Jörg Lemmert,

Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Krise der Kommunalfinanzen

Forum mit Susanna Karawanskij in Güsten



Das Podium im Güstener Bürgerhaus

Foto: privat

Kommunen bilden die Grundlage zur Gestaltung unserer individuellen Lebensräume. Fehlen den Kommunen finanzielle Ressourcen, fehlen ihnen auch zwangsläufig Gestaltungsspielräume, um den Bürgerinnen und Bürgern ein soziales, vielfältiges und erfülltes Leben zu ermöglichen. Deswegen diskutierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, sowie Gäste am 18. Mai in Güsten mit Susanna Karawanskij, in der Bundestagsfraktion DIE LINKE Sprecherin für Kommunalfinanzen, über Auswege aus der kommunalen Finanzmisere. Spätestens mit Ausbruch der Finanzkrise ist das Rufen vieler Kommunen nach einer besseren Finanzausstattung zu einem verzweifelten Schreien geworden. Zumeist offenbart sich eine desolante Haushaltslage. Viele Kommunen verwalten nur noch den Mangel. Die Kommunen geraten durch die Politik der Steuergeschenke und der Steuer-senkungspolitik, sowie dem stärkeren Rückzug des Bundes aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben in die Schuldenfalle. Das heißt, Bund und Länder wälzen Aufgaben auf die Kommunen ab, ohne die Finanzierung zur Verfügung zu stellen. Die leeren Kassen haben einen riesigen Investitionsstau, Schließung öffentlicher Einrichtungen und die Handlungsunfähigkeit der Kommunen zur Folge. Es herrscht die Verwaltung des Mangels. 45% aller Kreishaushalte waren 2013 defizitär. Ihre Ausgaben für soziale Leistungen stiegen von 30,5 Mill. € im Jahr 2003 auf 46 Mill. € 2013. Die Sozialausgaben erdrosseln die

Kommunen. Lagen die Ausgaben für Eingliederungshilfe 1994 bei 6,3 Mrd. €, so betragen sie 2012 bereits 15,1 Mrd. €. Dies ist eine Steigerung um 139 %. Ein Großteil der Kommunen kann kaum noch seine Pflichtaufgaben erfüllen, von den freiwilligen ganz zu schweigen. Deshalb muss es endlich umfassende Reformen zur Stärkung der Kommunalfinanzen geben. Die Einnahmen gilt es zu verstetigen und zu erhöhen. Daher setzt sich DIE LINKE zum Beispiel für die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierungssteuer ein - mit breiterer Bemessungsgrundlage, aber fairen Freibeträgen für Kleinunternehmer und Selbstständige. Als Soforthilfe müsste die Gewerbesteuerumlage an den Bund abgeschafft und die an die Länder in den kommenden fünf Jahren abgeschmolzen werden. Um den Investitionsstau zu lindern, fordern wir in der aktuellen Haushaltsberatung unter anderem eine kommunale Investitionspauschale in Höhe von 3 Milliarden Euro. Ob in Bund oder Kommune - in Deutschland herrscht rigore Investitionszurückhaltung und die Schuldenbremse verstärkt dies noch. Deshalb brauchen nicht nur die Kommunen, sondern auch die Länder und der Bund mehr Geld, um ihre Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gut für die Menschen zu erfüllen. Daher kämpft DIE LINKE für ein sozial gerechtes Steuersystem, das durch eine gerechte Umverteilung von oben nach unten mehr Einnahmen für alle Gebietskörperschaften generiert.

Peter Matern sagte: Wenn es den Kommunen gut geht, geht es auch der gesamten Bevölkerung gut. Aber die Lasten für jeden einzelnen werden immer höher und durch die geplanten Einsparungen bei der Polizei hat die Bevölkerung auch kein Sicherheitsgefühl mehr. Ralf-Peter Schmidt bemängelte, dass durch die Doppik nicht mehr gesehen wird, wofür Geld ausgegeben wird. Kommunale Jugendarbeit wird durch Budgetverantwortliche gemacht. Tobias Pochanke erläuterte Verwaltungsdiktatur am Beispiel der Amesdorfer Bürger, die mehr Steuern zahlen sollen. Auf seine Frage, was eine Linke Landrätin anders macht als konservative, antwortete unsere Kandidatin Sabine Dirlich: Alle Entscheidungen auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit stellen. Überprüfen, wie wirken Entscheidungen sich für Rentner, Sozialhilfeempfänger und für Behinderte aus. Keine weitere Zentralisation, die Verwaltung muss dezentral für die Bürger da sein.

Ernst H. Brink,
Pressesprecher DIE LINKE Saale-Wipper

LINKE eröffnet Debatte über eine Reform des Bestattungsgesetzes

Mit dem Sterben beschäftigt sich niemand gerne. Das sollte man aber, denn Sterben gehört zum Leben dazu. Ohne Ausnahme. Und das Besondere an diesem Thema ist, dass es politisch keinem politischen Lager zuzuordnen ist. Darin liegt die Chance für eine tatsächlich breite gesellschaftliche Debatte, die letztendlich in einem Änderungsgesetzentwurf zum bestehenden Bestattungsgesetz führen kann, der möglichst von allen Fraktionen getragen wird. Dabei soll zunächst ganz bewusst auch an jahrhundertealten Traditionen gerüttelt werden; bspw. an dem von den beiden christlichen Kirchen verteidigten Friedhofszwang. Wir wollen diese Tradition nicht grundsätzlich in Frage stellen, aber zumindest zusätzliche Möglichkeiten prüfen. Auch unsere Bestattungskultur befindet sich in einem gesellschaftlichen Wandel. Egal, ob konfessionell gebunden oder nicht, uns eint die Tradition, mit unseren Toten auch posthum würdevoll umzugehen bzw. eine Erinnerungskultur für sie

und vor allem für uns - die Hinterbliebenen - zu schaffen. Diesen beiden Grundgedanken folgend und der Tatsache, dass wir als freie Menschen in einem freien Land leben, stellt DIE LINKE das Bestattungswesen auf den Prüfstand und wir laden alle herzlich zu dieser Reformdebatte ohne Scheuklappen ein.

Neben der Aufhebung des Urnen- bzw. Friedhofszwanges wollen wir weitere Änderungen diskutieren: die Durchführung der ersten Leichenschau durch einen Facharzt der Rechtsmedizin und die Einführung einer verpflichtenden zweiten Leichenschau bei Erdbestattungen. Das Ausmaß der bestehenden Probleme mit der jetzigen Leichenschauregelung schlägt uns mit aller Wucht durch einen bekannt gewordenen Fall entgegen: dem Fund der Leiche der jungen bulgarischen Studentin in Halle. Im Ergebnis der ersten Leichenschau durch den hinzugerufenen Notarzt war: „Tod vermutlich durch Ertrinken“ festgestellt worden. Wäre die Identität der

jungen Frau feststellbar gewesen, wäre die zweite Leichenschau, in deren Ergebnis feststand, dass sie vergewaltigt und erwürgt wurde, nicht vorgenommen worden. Für unseren Rechtsstaat bedeutet das ganz klar: Ein Tötungsdelikt wäre unerkannt geblieben. Ein unhaltbarer Zustand.

Darüber hinaus möchten wir die Regelungen für sogenannte „Sternenkinder“, für Bestattungsrituale anderer Religionen, aber auch die Qualität der Ausbildung der Bestatter und Bestatterinnen zur Diskussion stellen.

Wer sich darüber hinaus informieren möchte, findet hier den Antrag der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt: http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d3048dan_6.pdf

*MdL Eva von Angern,
Rechtspolitische Sprecherin
der Landtagsfraktion*

Am 6. Juli den Bernburger Schlachthof verhindern!

Nach der Stichwahl um den Landratsposten geht die Mobilisierung in die heiße Phase: Am 6. Juli sind alle Bernburgerinnen und Bernburger bereits zum nächsten Urnengang aufgerufen. Dann geht es darum, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, sich an der Abstimmung (auch hier ist natürlich Briefwahl möglich!) zu beteiligen und mit „JA“ zu stimmen. „Ja, wir sind gegen den Schlachthof“ lautet die entsprechende Formulierung auf dem Wahlzettel.

Der Ortsvorstand der Bernburger LINKEN hat Anfang Juni bei einem Treffen mit der Bürgerinitiative „Keine Schweinerei“ weitere Unterstützung zugesagt. In der heißen Phase geht es u.a. darum, Plakate zu hängen, Flyer zu verteilen und Infostände zu besetzen. Ich möchte alle MitstreiterInnen, auch wenn sie sich erst kürzlich im Wahlkampf engagiert haben, darum bitten, auch die Mobilisierung für den Bürgerentscheid zu unterstützen.

Viel zu oft ist an Infoständen zu hören, dass Wahlen doch eh nichts bewirken. Dieses Mal, und das muss bis zur Abstimmung deutlich gemacht werden, haben es die Bürgerinnen und Bürger aber selbst in der Hand, über ein konkretes Thema zu entscheiden und mit ihrer Wahl eine ganz praktische Konsequenz zu erwirken. Stimmen am 6. Juli die erforderlichen 7500 Bernburgerinnen und Bernburger mit „JA“ ab, wird der Schlachthof definitiv nicht



kommen. Das ist direkte Demokratie, wie DIE LINKE sie immer fordert und wie sie noch viel zu selten praktiziert wird!

Mit „JA“ am 6. Juli zu stimmen, heißt auch „JA“ zu einem sauberen und lebenswerten Bernburg, „JA“ zu einem touristisch attraktiven Bernburg, „JA“ zu einem Bernburg, das auch für weitere Investoren interessant bleibt, „JA“ zu nachhaltigen und regionalen Wirtschaftskreisläufen

und „JA“ zu einer Politik, die sich gegen die Ausbeutung von Mensch und Umwelt richtet.

Beim Bürgerentscheid gibt es die fast einmalige Chance, direkt über die Zukunft Bernburgs abzustimmen. Diese Chance darf nicht vergeben werden, deshalb „JA“ am 6. Juli!

Jörg Lemmert

Frieden kriegt man nicht!

Unter diesem Titel erschien im Mai ein Buch des Wissenschaftlers und Landtagsabgeordneten Dr. sc. Andre Brie. So war auch das Thema des von ihm am 4. Juni auf einer Veranstaltung des Kreisvorstandes in der Gaststätte Alte Molkerei gehaltenen Vortrages. Im folgenden soll zunächst auf einige Grundgedanken zu drei Schwerpunkten daraus eingegangen werden. Einige Sätze zum Buch bilden den Abschluß.

Der Redner wertete zu Beginn seines Vortrages den Wahlerfolg der AfD als ein Warnsignal für DIE LINKE. Für unsere Partei kommt es verstärkt darauf an, konstruktive Auseinandersetzungen zu führen und sich allseitig und konsequent für eine proeuropäische Politik zu engagieren. Es darf aber nicht übersehen werden: Fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung hält die Europäische Union für ein Hindernis bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Zur Entwicklung und zur Lage in der Ukraine führte er aus: Es gibt riesige Probleme in diesem Land, aus denen sich



Foto: privat

auch die Separationsbestrebungen im östlichen Landesteil und der dort seit einiger Zeit geführte Bürgerkrieg ergeben. Dafür allein dem russischen Präsidenten Putin die Schuld zuzuschreiben, ist nicht angebracht. Zusammenfassend stellte er fest: „In der Ukraine braut sich etwas sehr Gefährliches zusammen“.

Kriege haben in der Geschichte und Gegenwart immer wieder unzählige Menschenopfer gekostet, ungeheure materielle Zerstörungen angerichtet und oft auch zum Zerfall alter Kulturen geführt. Bestehende gesellschaftliche Probleme haben sie nicht gelöst, oft sogar verstärkt – aber einen wirklichen und dauerhaften Frieden haben sie erst recht nicht gebracht. Wenn unter der Mitwirkung von Andre Brie an einer Modellkonzeption für die Festigung der internationalen Sicherheit gearbeitet wird, so ist das sehr zu begrüßen.

Das Buch „Frieden kriegt man nicht!“ ist auf der Grundlage von Tagebuchaufzeichnungen des Autors über seine Reisen in Konflikt- und Kriegsgebiete (Palästina, Afghanistan, Irak, Kosovo u. a.) vor allem im 1. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts entstanden. Dabei ging es ihm immer darum, sich seine „eigene Meinung vor Ort“ zu bilden. Es ist allen, die sich für internationale Politik interessieren, zu empfehlen.

Friedrich Schütz

Bundestagsvizepräsidentin würdigt das Engagement Ehrenamtlicher im Salzlandkreis

Zu einem Empfang für das Ehrenamt war Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, am 16. Mai in den Speisesaal der Stiftung Evangelische Jugendhilfe gekommen. Der Bundestagsabgeordnete Jan Korte, die Landtagsabgeordnete

eingeladen worden.

In seiner Begrüßungsrede bezeichnete Lothar Boese das ehrenamtliche Engagement als einen wesentlichen Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Der in der Regel unentgeltliche Einsatz beim Sport, in der Kultur, beim Katastrophenschutz, in sozialen Einrichtungen usw. sollte, so der Kreisvorsitzende, stets höchste Anerkennung genießen.

Petra Pau, von Jan Korte als eine der wichtigsten Persönlichkeiten der LINKEN in den letzten 20 Jahren angekündigt, begann mit einem geschichtlichen Abriss über die Entwicklung des Ehrenamtes, der bereits im Alten Griechenland begann. Ihr Schwerpunkt lag aber bei den heutigen Rahmenbedingungen, die sich aus ihrer Sicht deutlich verbessern müssen. Sie warnte davor, dass der Staat sich in bestimmten Bereichen zurückzieht und das Ehrenamt als Lückenbüßer erhalten muss und warb für ein solidarisches Miteinander in den Vereinen und Verbänden



Foto: privat

Die Gastgeber des Empfangs im Gespräch

als wichtiges Mittel im Kampf gegen Rechts. „In Zeiten, in denen die Reichen reicher und die Armen zahlreicher werden, ist das Ehrenamt wichtiger denn je, darf aber nicht als Gratißlösung für aktuelle Probleme missbraucht werden.“ so Pau.

Die zahlreichen Gäste hatten nach den Ansprachen Gelegenheit, mit der Vizepräsidentin und den Abgeordneten bei einem Glas Sekt ins Gespräch zu kommen.

Jörg Lemmert



Foto: privat Rede von Petra Pau in Bernburg

Sabine Dirlich und der Kreisvorsitzende der LINKEN, Lothar Boese, hatten unzählige Vereine aus dem Salzlandkreis eingeladen, um bei dem Empfang den ehrenamtlichen Einsatz der vielen tausend Freiwilligen im Salzlandkreis zu würdigen. Petra Pau war dazu als Festrednerin

Inklusion in der Bildung - Bernburger Montagsforum

Am 19. Mai war die Landtagsabgeordnete Birke Bull Referentin des Bernburger Montagsforums zum Thema Inklusion in der Bildung. Es war eine spannende Diskussion, die erneut zeigte, mit welchen Vorbehalten diese notwendige Debatte belastet ist. „Die Praxis ruiniert uns die Begriffe.“, so die Rednerin. Inklusion ist nicht nur die Zuführung von Kindern mit Behinderung in die Regelbildungseinrichtungen, sondern es geht um die Akzeptanz der Vielfalt des Lebens. Jedes Kind mit seinen Besonderheiten wahrzunehmen ist Inklusion. Jede Vielfalt verdient Wertschätzung. Die Aufgabe von Pädagoginnen und Pädagogen ist es, aus dieser Vielfalt Lernsituationen zu schaffen. Um die von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Inklusion durchzusetzen, müssen noch viele Steine aus dem Weg geräumt werden. Zum einen haben wir es mit einem Pädagogikverständnis zu tun, das auf Frontalunterricht ausgerichtet ist. Hier muss Aus- und Fortbildung ansetzen, um Pädagoginnen und Pädagogen zu befähigen, den Unterricht aufzubrechen. Denn das Prinzip „Jede/r lernt zur selben Zeit am selben Ort das Gleiche“ kommt schon in jeder Regelschule an seine Grenzen. Unterschiede in der Leistungsfähigkeit, besondere Begabungen, Fähigkeiten oder Defizite finden keine Beachtung. Wenn Pädagoginnen und Pädagogen das Handwerkszeug lernen, in offenen Unterrichtsformen mit Heterogenität umzugehen und sie nutzbar zu ma-



Diskussion beim Montagsforum Foto: privat

chen, kommt das also allen Kindern zu Gute, ob sie nun von Behinderung betroffen oder besonders leistungsstark sind, spielt dann keine Rolle mehr. Die Philosophie zu sortieren, ist tief verwurzelt. Aber Homogenität in größeren Gruppen ist eine Illusion. Jede anfangs in bestimmten Merkmalen relativ homogene Gruppe differenziert sich nach kurzer Zeit wieder aus, weil Menschen eben neben diesem kategorisierenden Merkmal (im gegliederten Schulsystem ist das vorwiegend die Leistungsfähigkeit) unterschiedlich sind und sich zudem auch noch unterschiedlich entwickeln.

In Sachsen-Anhalt gibt es den Handlungsdruck noch von einer anderen Seite, nämlich durch das Personal. Es gibt nicht genügend Lehrerinnen und Lehrer, um zweieinhalb Systeme - das System der Regelschulen, der Förderschulen und der Übergangssysteme aufrecht zu erhalten. Bleibt das Förderschulsystem erhalten, muss es mit Lehrerinnen und Lehrern ausgestattet werden, die dann an den anderen Schulen fehlen.

Viele erfolgreiche Beispiele zeigen: Inklusion fängt im Kopf an. Die Haltung von Pädagoginnen und Pädagogen ist die wichtigste Rahmenbedingung, um das Projekt gelingen zu lassen. Es gibt Schulen, die den Weg schon sehr erfolgreich gegangen sind und andere, wo man sehr zurückhaltend ist. Da wir aber nicht auf eine neue Lehrergeneration warten können, ist neben Überzeugungsarbeit Weiterbildung gefragt. Auch der Erfahrungsaustausch mit guten Schulen kann da sehr hilfreich sein.

In der Diskussion kamen altbekannte Ressentiments zum Vorschein (das Niveau des Unterrichts sinkt, Menschen mit Handicap brauchen einen besonderen Schutzraum, Leistungsgesellschaft braucht darauf getrimmte Menschen usw.), aber auch glühende Verfechter für die Inklusion outeten sich. So wandte sich eine Rednerin konsequent gegen das Herumreiten auf der Kategorie Ziel (im Sinne von Schulabschluss). Die Richtung müsse stimmen. Der Mensch muss sich weiterentwickeln. Wer aber mit wie großen Schritten wie nah ans Ziel oder darüber hinauskommt, wird immer unterschiedlich sein.

Das Ergebnis des Abends war neben einer spannenden Diskussion die Anregung, in Bernburg ein „Netzwerk für Inklusion“ ins Leben zu rufen.

Jana Lankau,
Wahlkreismitarbeiterin MdL Birke Bull

Kreistag verpasst Chance auf gute Qualitätsstandards für Kindertagesstätten

Von der allerletzten Sitzung des Kreistages Salzlandkreis der alten Wahlperiode berichtet

Wer hätte das gedacht, dass die Diskussion im Kreistag des Salzlandkreises kurz vor dem Ende der Wahlperiode noch eine solche Dynamik gewinnt. Doch was ist tatsächlich passiert? Es ging bereits im Kreistag am 07.05.2014 darum, die neuen Qualitätsstandards für die Kindertagesstättenbetreuung im Salzlandkreis zu beschließen. Dazu hatten Fachverwaltung, AG Kinderförderungsgesetz und Jugendhilfeausschuss dem Kreistag eine Beschlussvorlage erarbeitet, die verantwortungsvoll Qualität, neue Gesetzeslage, Bildungsauftrag und Finanzsituation der Kommunen abwägt. Diese Vorlage rief die kommunalen Sparfüchse auf den Plan und wurde zurückverwiesen in die erneute Debatte. Es wurde die Diskussion einfach, wieviel Qualität man sich in der Kinderbetreuung leisten will. Die Verwaltung legte ein Kürzungspaket vor. Die Leiterstunden, die eine Kindertagesstättenleitung für eine geringe Stundenzahl gruppenfrei stellt, um die pädagogische Führungsarbeit zu leisten, wurden gekürzt. Die CDU stellte im Unterausschuss



Jugendhilfeplanung den Antrag, die Vor- und Nachbereitungszeit von 1 Stunde in der Woche zu streichen, fand bei den Experten keine Zustimmung, eher eine umfangreiche Argumentation und getraute sich nun nicht mehr, den Antrag in die Debatte einzubringen. Wie mit der Fraktion abgestimmt, wurde durch die LINKEN Ausschussmitglieder im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und im Jugendhilfeausschuss dafür erworben, die Standards der Erstvorlage mindestens zu halten. Beide Ausschüsse stimmten mehrheitlich für den Antrag von Ralf-P. Schmidt. Schmidt regte auch an, dass Vertreter der Jugendhilfe im Kreistag reden, um die Sach- und Fachargumente vorzutragen.

In der Diskussion wurde auch deutlich, dass 8 der 13 Kommunen im Salzlandkreis die diskutierten Standards bereits jetzt finanzieren. Für Schmidt ein Ansporn, die letzten 5 Kommunen zu mehr Qualität und auch Arbeitnehmerentlastung zu führen.

Doch dann eine Überraschung: Am Vorabend des Kreistages (03.06.2014) hatte Dr. Sylvia Ris-

tow (DIE LINKE) ohne Absprache mit ihrer LINKEN Kreistagsfraktion den Antrag auf Streichung der Vor- und Nachbereitungszeit im Finanzausschuss durchgeboxt. Das Sparpaket der Verwaltungsvorlage erhielt hier die Beschlussempfehlung für den Kreistag. Im Kreistag wurde das Rederecht für die 2 Experten der Jugendhilfe mit 18:18 Stimmen abgelehnt, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, dass auch 2 LINKE Vertreter dem Rederecht nicht zustimmten.

In der Abstimmungsdebatte kamen dann nur die Sparvorschläge, als Wegfall der Vor- und Nachbereitungszeit und reduzierte Leiterfreistellung zur Abstimmung, da sie weitreichender seien. Der Antrag der LINKEN wurde nicht mehr abgestimmt.

Ralf-P. Schmidt schätzt deshalb ein: Kreistag verpasst Chance für gute Qualitätsstandards. DIE LINKE hat ein Authentizitätsproblem und muss sich in der demokratischen Abstimmung fraktionsintern neu aufstellen! Er benennt aber auch klar, dass die Landesgesetzgebung hier unfair agiert und die Kommunen mit der Problematik allein lässt. Schmidt regt an: Bernburger Basis und Räte sollten den aus der Stadtverwaltung Bernburg vorgetragenen Kürzungsideen eine klare Botschaft entgegenzusetzen.

Ralf-P. Schmidt

Auch das gehört zur Fraktionsbilanz der LINKEN Staßfurter Ratsfraktionen: LINKE Staßfurter Stadt- und Ortschaftsräte unterstützten Projekte und Vorhaben im Wert von 8245,96 €



Fleißige Spender - Die Staßfurter bei einer der zahlreichen Scheckübergaben

Foto: privat

Im Zusammenhang mit der Gründung der Stadtrats- und Ortschaftsratsfraktionen nach der Kommunalwahl 2009 unterbreitete der Stadtvorstand DIE LINKE. Staßfurt den Fraktionen den Vorschlag des gesplitteten Spendens in einen Solidarfonds und in Form eines Mandatsträgerbeitrages an die Partei.

Von den 11 gewählten StadträtInnen und den 10 gewählten OrtschaftsrätInnen auf den Listen der LINKEN erklärten 11 Stadträte und 8 Ortschaftsräte ihre Bereitschaft, in den Solidarfond der Fraktion eine regelmäßige Einzahlung zu leisten. „Da kam eine Menge Geld und Idealismus zusammen“ - meint Ralf-P. Schmidt rückblickend, der den Fond für die Fraktion administrativ verwaltet.

Parallel zu den monatlichen Zahlungen wurde eine Sonderzahlung für die Opfer der Hochwasserkatastrophe im Salzlandkreis in Höhe von 300,00 € gespendet.

Über die Spendenanträge von Vereinen, Verbänden und Initiativen entschied stets

die Fraktion in offener Abstimmung nach vorheriger Diskussion. „Manchmal erbat sich die Fraktion einen Vor-Ort-Termin, um den Antragsteller bzw. das Projekt besser kennenzulernen“, erklärt Schmidt die Modalitäten des Solidarfonds

Neu war 2014 auch, dass die Fraktion über einen begrenzten Mittelansatz selbst die EmpfängerInnen einer Zuwendung aus dem Fond ohne Antragstellung auswählte, um den Vereinen und Aktionen auch den Respekt für das Engagement auszusprechen. Darüber freuten sich insbesondere der Männerchor „Eintracht“ Neundorf, der die Zuwendung für die Nachwuchsarbeit einsetzen will und der Staßfurter Bergmannsverein.

Die Spendenübergabetermine aus dem Solidarfond der Fraktion sind größtenteils durch Medienbegleitung bzw. Pressemitteilung öffentlichkeitswirksam gemacht wurden und auf der Internetseite der Fraktion dokumentiert. Parallel gab es eine offensive Pressearbeit zum Anliegen

des Solidarfonds.

Wie Ralf-P. Schmidt bereits jetzt verrät, plant auch die neue Ratsfraktion wieder einen Solidarfond aufzulegen. Genauere Informationen folgen nach Konstituierung der Fraktion.

Beispiele für Auszahlungen

2009 - 2014:

250,00 € zur Unterstützung der Staßfurter Kinder- und Familientage 2010 der Stiftung Staßfurter Waisenhaus

300,00 € Förderverein der Grundschule und Kindertagesstätte in Löderburg e.V.

300,00 € Bürgerinitiative Spielplatz Rathmannsdorf - Finanzierung zum Wiederaufbau des Spielplatzes

200,00 € Männerchor „Eintracht“ Neundorf - e.V - Unterstützung der Nachwuchsarbeit

327,82 € Mitfinanzierung des Seniorenwegweisers der Stadt Staßfurt auf Initiative des StadtSeniorInnenbeirates

Ralf-P. Schmidt
stellv. Fraktionsvorsitzender

LINKE unterstützt Staßfurter Sitzbankkonzept

Am 15. März 2012 hatte der Staßfurter Stadtrat Oberbürgermeister Zok auf Anregung des StaßfurterSeniorInnenbeirates und auf Antrag der LINKEN Stadtratsfraktion beauftragt, ein Sitzbankkonzept vorzulegen. 2 Jahre bestimmte das Thema die Debatten im Seniorenbeirat und zahlreicher Stadträte. Nur aus dem Staßfurter Rathaus kam kein Konzept. Im Ergebnis legte Stadtrat Ralf-P. Schmidt ein beschlussreifes Sitzbankkonzept vor, welches der Staßfurter Stadtrat einstimmig verabschiedete. Parallel waren schon zahlreiche Aktivitäten zum Thema von StadtSeniorInnenbeirat, Stadträten, Wohnungsunternehmen und engagierten Bürgern bekannt geworden, die sich zum Thema finanziell bzw. tatkräftig engagierten.



Staßfurter Stadträte stoßen mit OB Zok auf die neue Bank an Foto: privat

Vor der letzten Stadtratssitzung des aktuellen Staßfurter Stadtrates wollten auch die Staßfurter LINKEN das Thema praktisch untersetzen und übergaben an den Vorsitzenden des StadtSeniorInnenbeirates, Peter Maier und den ebenfalls anwe-

senden Oberbürgermeister eine Sitzbank zur Aufstellung in Staßfurt.

Ralf-P. Schmidt betonte: „Die Thematik hat Viele und viel bewegt, Diskussionen angeregt und Engagement hervorgebracht. DIE LINKE ist davon überzeugt, dass durch bürgerschaftliches Engagement relativ haushaltsneutral das Thema Sitzbänke für die Generationen eine Umsetzung in Staßfurt erfährt.“ Gemeinsam weihten Stadträte, Verwaltung, SeniorInnenbeirat und Oberbürgermeister die neue Sitzbank ein.

Ralf-P. Schmidt,
Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Staßfurt

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Mai
recht herzlich**

Zum 94. Geburtstag
Frida Dolseius

Zum 89. Geburtstag
Elli Killmann

Zum 88. Geburtstag
Anna Schäfer
Günter Gottwald

Zum 85. Geburtstag
Helmut Böhme

Zum 84. Geburtstag
Margit Keller

Zum 83. Geburtstag
Wilfried Breithaupt

Zum 82. Geburtstag
Marianne Strauß

Zum 81. Geburtstag
Martin Lehmann

Zum 75. Geburtstag
Helmut Müller

Zum 70. Geburtstag
Margrit Niethardt
Joachim Redmann

Zum 66. Geburtstag
Manfred Bölke

Zum 65. Geburtstag
Eva Danziger
Petra Giest
Gisela Schmidt
Rudolf Bonneck



**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Juni Geburtstag haben.**

 **JA BÜRGERENTSCHEID**
Sonntag, 06.07.2014

**WIR SIND GEGEN EINEN GROSS-
SCHLACHTHOF IN BERNBURG.**

KEINE-SCHWEINEREI.de

Neues Erscheinungsbild der DLZ

„Für zukünftige Ausgaben sind außerdem noch gestaltungstechnische Änderungen angedacht, die unserer Kreiszeitung ein zeitgemäßes Aussehen geben sollen.“

So stand es letzten November auf der Titelseite der DLZ. Mit der jetzt vorliegenden Ausgabe gehen wir diesbezüglich noch einen Schritt weiter und freuen uns auf die Kritik unserer Leserinnen und Leser.

Die Redaktion

**Konstituierung der
Kreistagsfraktion**

Die erste Sitzung der neuen Kreistagsfraktion findet am 16.06.2014 um 18 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro (Grenzstraße 11) statt.

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am 25.06.2014 um 18 Uhr im Fraktionsbüro in Staßfurt.

**Gemeinsames Sommerfest von
Kreisverband, Birke Bull
und Jan Korte**

Alle Interessentinnen sind am 11.07.2014 ab 15 Uhr vor dem Bernburger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b) wieder eingeladen mitzufeiern. Auf dem Programm stehen u.a. Live-Musik von Heinrich und Eddy, Ausstellungseröffnung, Kinderecke und Polit-Quiz.

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst ausgewogen aus allen Regionen des Salzlandkreises berichten und sucht deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeitswirksame Aktion, Stellungnahmen oder Beiträge von Mandatsträgern und Abgeordneten. Wir freuen uns über Beiträge aus allen Bereichen. Interessenten nutzen bitte die Kontaktdaten der Redaktion.

Sommertour von MdB Jan Korte

Am 17. Juli ist Jan Korte im Rahmen seiner Sommertour auch im Salzlandkreis unterwegs.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 03. Juli 2014 und Redaktionsschluss war der 05. Mai 2014.

DIE LINKE. ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden